WOCHENRÜCKBLICK



"Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass jemand, der Bundespräsident werden möchte, bei allen Fraktionen vorstellig wird. Ein Bundespräsident, der schon vor der Wahl deutlich macht, wie parteiisch er ist, ist schon vor seiner Wahl inakzeptabel. Offensichtlich verkennt Ilse Aigner hier, was das höchste Amt in Deutschland überhaupt bedeutet. Wie sollen wir davon ausgehen, dass sie überparteiisch und neutral sowie vermittelnd Präsidentin aller Bürger sein wird, wenn sie schon heute nicht einmal willig ist, mit uns in Kontakt zu treten. Dass angesichts der - aus meiner Sicht - unwürdigen Debatte um ihre Nominierung, in der es vorrangig darum ging, dass sie eine Frau ist und wahrlich Qualifikationen keine herausragende Rolle spielten, Zweifel an der Personalie in unserer Fraktion aufgekommen sind, sollte niemanden wundern. Die AfD wird einen eigenen Kandidaten in das Rennen schicken und der wird sich natürlich auch gern allen anderen Fraktionen vorstellen. Dass bisher die offene Aussprache bei der Wahl zum Bundespräsidenten keine Rolle spielt, macht die Wahl als solche zu einer Farce. Als AfD stehen wir für die Direktwahl des Bundespräsidenten, sollten uns aber auch fragen, ob es dieses Amt überhaupt braucht."



Aktuelle Presse



Schwarz-Rot schob bisher nur einen von über 50 Gefährdern aus Syrien ab

In anderthalb Jahren hat Schwarz-Rot nur einen von über 50 syrischen Gefährdern nach Syrien abgeschoben. Dazu explodiert die Zahl der Abschiebeverbote,

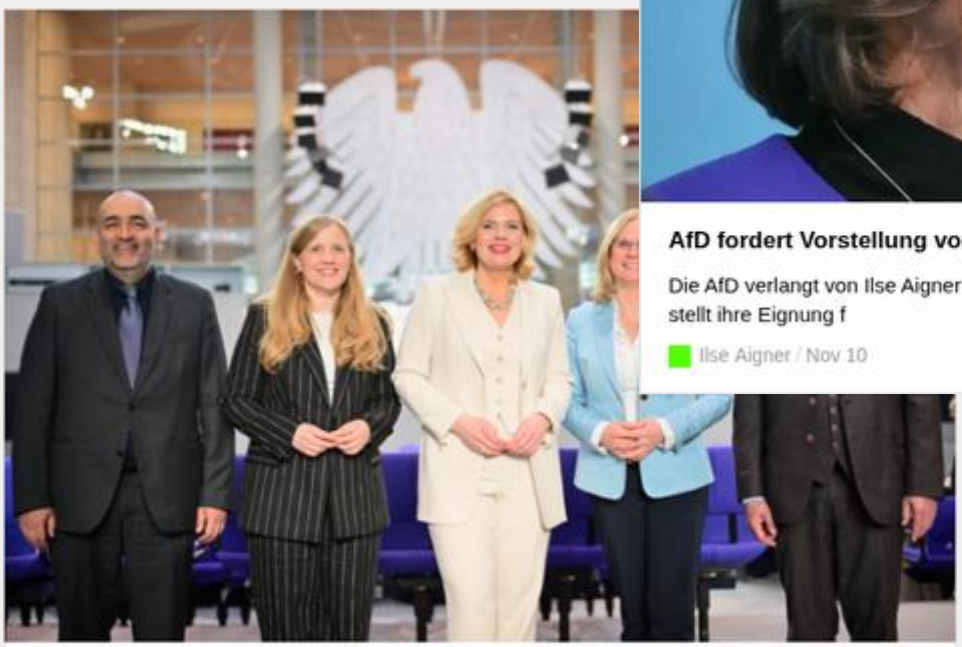
bild.de / Nov 12



AfD fordert Vorstellung vor ihrer Bundestagsfraktion

Die AfD verlangt von Ilse Aigner ein Gespräch mit ihrer Bundestagsfraktion und stellt ihre Eignung f

Ilse Aigner / Nov 10



Bei Ordnungsrufen im Bundestag gelten zweierlei Maßstäbe

Links darf bis unter die Gürtellinie pöbeln, ehe überhaupt eine Ermahnung kommt. Bei der Volkspartei AfD mit ihrer Oppositionsfraktion reicht schon ein harmloser Widerspruch für eine Bestrafung – das nennen sie dann Demokratie.

Tichys Einblick / Nov 10

Aktuelle Videos













Treffen mit tschechischen Parlamentariern im 1. Ausschuss



Plenum Deutscher Bundestag



Infostand in Gera











Gedenken zum Vomkstrauertag









Rückblick auf die Plenarwoche Mittwoch, 11. November 2026

Die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien (CDU), hat kluge und mutige Ideen angesichts aktueller Herausforderungen gefordert, damit die Jugend ihre Zukunft noch gestalten kann. In der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch sagte die Ministerin, solide Finanzen und gute Bildung seien die wesentlichen Voraussetzungen dafür. Gut ausgebildete junge Menschen würden für die Wirtschaft, für die Politik und für die Zivilgesellschaft gebraucht. Den jungen Protestierenden rief sie zu: „Lasst eure berechtigten Anliegen nicht von gewaltbereiten Störern kapern. Bringt eure Anliegen dorthin, wo ihr gestalten könnt, auch in die Parteien. Ihr habt ein Recht, eure Zukunft zu gestalten."

Neben der Bildungs- und Familienministerin stellte sich auch die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Verena Hubertz (SPD), den Fragen. Ihrem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, stehe nichts so sehr im Weg wie zu hohe Baukosten, die der „Endgegner des Wohnungsbaus" seien. Bei Kostensenkungen gehe es nicht darum, an der Qualität oder am Klimaschutz zu sparen. Es sollten jedoch nicht mehr „unnötiger Schnickschnack und teure Extras" verbaut werden.

Christian Zaum (AfD) sprach die Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Jugendprotesten an. Wo es Integrationsdefizite gebe, müsse man daran arbeiten, diese zu beseitigen, sagte die Ministerin. Über die Ursachen von Problemen an den Schulen tausche sie sich mit den Bildungsministern der Länder aus. Wichtig für sie sei „Nulltoleranz an Schulen". Gewalttaten an Schulen müssten zur Anzeige gebracht werden.

Mit scharfen gegenseitigen Vorwürfen hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch über die unrechtmäßige Entfernung der Flagge der Einheit vor dem Reichstagsgebäude debattiert. Ein Mann hatte die Flagge am 8. November abgenommen und durch eine Palästina-Flagge ausgetauscht. Die von der AfD-Fraktion verlangte Aktuelle Stunde stand unter dem Titel „Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole – Illegale Entfernung der Einheitsflagge am Vortag des 9. Novembers". Während die Antragsteller von einem dramatischen Sicherheitsproblem und mangelndem Respekt vor dem Staat sprachen, warfen die übrigen Fraktionen der AfD Heuchelei und unfaire Angriffe auf die Sicherheitskräfte vor. Zudem entbrannte eine Debatte über die Würde des Parlaments sowie die Relevanz der Aktuellen Stunde selbst.

Dr. Götz Frömming (AfD) bezeichnete den Austausch der Einheitsflagge als „Moment der Schande" und ein Armutszeugnis für den Schutz staatlicher Symbole. Er kritisierte mangelnden Objektschutz der Polizei sowie ein „Kollektivversagen des Präsidiums". Die Palästinenserflagge nannte er ein Erkennungszeichen für Israel- und Judenhasser, das ausgerechnet am Vorabend des 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938, vor dem Bundestag geweht habe. Zudem äußerte er die Vermutung, dass auch die Klimabewegung involviert sein könnte. Ein Staat, der seine Symbole nicht verteidige, werde zur „leichten Beute". In anderen Staaten würde ein solcher Angriff härter gewertet; bei einer Regenbogenfahne wäre die Reaktion gewiss schärfer ausgefallen, so Frömming. Symbole wie Schwarz-Rot-Gold stünden für Identität und die Werte der Demokratie, die man der Jugend wieder vermitteln müsse – es gehe dabei keineswegs nur um ein „bloßes Stück Stoff".

Im Bundestag fand am Mittwoch eine Vereinbarte Debatte unter dem Titel „Orange Day – Frauen schützen, Gewalt stoppen" statt. Jede dritte Frau habe in ihrem Leben schon einmal psychische, sexuelle oder körperliche Gewalt durch einen Partner oder Ex-Partner erlebt, sagte Bundesfrauenministerin Karin Prien (CDU) zu Beginn der Debatte. Verantwortlich für die Gewalt seien ausschließlich die Täter. „Aber wir tragen die Verantwortung, alles dafür zu tun, dass Frauen wirksam vor Gewalt geschützt werden", machte die Ministerin deutlich.

Dr. Anna Rathert (AfD) machte deutlich, dass jeder Fall von Gewalt an Frauen einer zu viel sei. Der Orange Day werde aber für eine pauschale Botschaft missbraucht: „Frauen sind Opfer und Männer eine Gefahr." Als Frau, Mutter, Ehefrau und Tochter lehne sie dieses pauschale Misstrauen gegenüber Männern ab, sagte Rathert. Zu erkennen sei darin ein altes sozialistisches Denkmuster: den permanenten Kampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Ursprünglich sei es Arm gegen Reich gewesen, seit Langem sei es aber auch Frau gegen Mann. Frauen und Männer seien aber keine feindlichen Klassen, sondern sich ergänzende Teile eines Ganzen. Tatsächliche Probleme für Frauen und Mädchen habe die deutsche Politik mit ihrer Ideologie der offenen Grenzen geschaffen, sagte die AfD-Abgeordnete.

Die Abgeordneten des Bundestages haben sich in einer halbstündigen Debatte mit den Liegenschaften des Parlaments befasst. Die AfD-Fraktion hatte einen Antrag mit dem Titel „Sparmaßnahmen auch im Bundestag selbst umsetzen – Keine verzichtbaren und teuren Neubaumaßnahmen anstoßen" vorgelegt.

Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede dazu: „Natürlich muss hier gespart werden, muss der Gürtel enger geschnallt werden hier im Deutschen Bundestag und nicht, wo der Bundeskanzler es wollte, nämlich bei den Arbeitern, bei den Angestellten, bei den pflegenden Angehörigen, bei denen, die das Land am Laufen halten. Da muss der Gürtel nicht enger geschnallt werden, sondern hier und jetzt – mit unserem Antrag. Der Bundestag, der Staat an sich muss schauen, welchen Beitrag er leisten kann. Wir würden keine zig Milliarden in einen der korruptesten Staaten der Erde, in die Ukraine, pumpen. Wir würden nicht zig Milliarden für die marode Europäische Union rausschmeißen, nicht zig Milliarden an Bürgergeld und Kindergeld ins Ausland überweisen, nicht Hunderte Milliarden für Multikulti-Wahn ausgeben. Wir würden nicht viele Milliarden an internationale Organisationen verschwenden, und wir würden auch nicht viele Milliarden für irre Entwicklungshilfeprojekte verwenden. Wir hätten das Geld in Deutschland zur Verfügung. Aber nicht nur der Bundestag schlägt über die Stränge, sondern auch die Bundesregierung. Wir haben gerade durch meine Kleine Anfrage – die war in den Medien – herausgefunden: sechs Millionen Euro für Möbel, Dekoration und Einrichtungsgegenstände von Merz und Co. in den letzten anderthalb Jahren. Aber auch sonst: 470 Euro am Tag für Friseure und Visagisten für Wadephul in seinem Auswärtigen Amt. Interessant auch: 34.000 Euro für Friseure und Visagisten in den letzten 14 Monaten im Bundeskanzleramt. Alles ist Ihnen egal. Der Steuerzahler zahlt es ja. Und zum Dank soll der dann den Gürtel enger schnallen. Nicht mit uns! Sie haben es richtig angesprochen: Wir stehen für richtiges Sparen, und zwar genau da, wo man sparen kann, und das sofort. Und das heißt: beim Bundestag und in der Bundesverwaltung."

Rückblick auf die Plenarwoche Donnerstag, 12. November 2026

Die Abgeordneten des Bundestages haben am Donnerstag erstmals über die beiden AfD-Anträge „Stopp der Deindustrialisierung – Beendigung des European Green Deal und des EU-Zentralismus“ sowie „Insolvenzwelle stoppen – Deutsche Wirtschaft stärken“ beraten.
Micha Fehre (AfD) rechnete vor, Deutschland habe seit Einführung des European Green Deal 2019 eine halbe Million Industriearbeitsplätze verloren. Allein im vergangenen Jahr seien 190.000 Unternehmen „für immer geschlossen worden, und jedes dritte Unternehmen plant die Abwanderung“. Die Gründe dafür seien Bürokratie, Emissionshandel und immer neue Förderprogramme, mit denen der Staat den Menschen das Geld wegnehme und es dann an ausgewählte Haushalte und ausgewählte Branchen verteile, „selbstverständlich nach sorgfältig gewählten klimaideologischen Kriterien“. Darin sieht Fehre „nichts anderes als Umverteilung – das ist Planwirtschaft, das ist Sozialismus mit Zertifikat“.
Die AfD-Fraktion verlangt Gegenmaßnahmen zur Abwanderung von Industriebetrieben und zu den Unternehmensinsolvenzen. Die Folgen der Verlagerung der Betriebsstätten ins Ausland und der „Insolvenzwelle“ seien mehrere hunderttausend verlorengegangene Stellen, vor allem in der Metall- und Automobilindustrie, so die Abgeordneten.
Der Bundestag hat erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „EU-Armutsmigration sofort stoppen – Zugang zu deutschen Sozialleistungen massiv erschweren“ debattiert. Die AfD-Fraktion fordert einen sofortigen Stopp der Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme. In einem Antrag kritisiert die Fraktion: „Hunderttausende Unionsbürger aus Polen, Italien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland arbeiten in Deutschland regulär, entrichten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und sichern ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft. Die tragende Begründung der Arbeitnehmerfreizügigkeit greift jedoch dort nicht mehr, wo bereits eine Beschäftigung von geringem Umfang genügt, um einer gesamten Familie dauerhaften Zugang zu Grundsicherung, Kindergeld und beitragsfreier Krankenversicherung zu eröffnen – und wo diese Gestaltung nicht Einzelfall bleibt, sondern regelhaft auftritt.“
Die Abgeordneten verlangen von der Bundesregierung unter anderem, den unionsrechtlichen Arbeitnehmerbegriff im nationalen Vollzug an einer tatsächlichen, bedarfsdeckenden Erwerbstätigkeit auszurichten, damit Minijobs und ähnlich geringfügige Tätigkeiten kein Recht auf einen dauerhaften Bezug von Fürsorgeleistungen wie der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) begründen. So sollen die Überprüfung des tatsächlichen Aufenthalts und die Prüfung der Leistungsberechtigung von Beziehern der Grundsicherung für Arbeitssuchende verbessert werden. Der Export von Kindergeld in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union soll sachgerecht begrenzt und die missbräuchliche Inanspruchnahme von Familienleistungen wirksam unterbunden werden.
„Die Bundeszentrale für politische Bildung auf ihren ursprünglichen Zweck zurückführen, ihre finanziellen Mittel strikt begrenzen, Inhalte und Förderpraxis politisch ausgewogen gestalten und perspektivisch abwickeln“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion. In ihrem Antrag kritisiert die Fraktion, dass sich die BpB „als bundespolitische Bildungsinstitution seit mehreren Legislaturperioden nicht mehr bewährt“ habe. Ihr Haushaltsvolumen sei von einem niedrigen zweistelligen Millionenbetrag im Jahr 2000 auf Ist-Ausgaben von 105,4 Millionen Euro im Jahr 2023 gestiegen; der Stellenbestand sei auf 419,5 Planstellen ausgeweitet worden. Dieser Ressourcenaufwuchs gehe mit einer „zunehmenden unausgewogenen inhaltlichen Schwerpunktsetzung einher“, bemängelt die Fraktion weiter. So stünden im aktuellen Buchprogramm 35 eigenständigen Beiträgen zum Rechtsextremismus lediglich vier zum Linksextremismus gegenüber. Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, die BpB „auf ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen und perspektivisch abzuwickeln“.
Der Bundestag hat am Donnerstag nach einstündiger Aussprache dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität“ zugestimmt und damit den Weg für eine bessere Bekämpfung von Geldwäsche und organisierter Kriminalität freigemacht.
Kay Gottschalk (AfD) erklärte, in vielen Punkten könne man der Koalition zustimmen. Auch die AfD wolle nicht, dass der Ehrliche der Dumme sei. Angesichts der Tatsache, dass jetzt ein Senat und nicht ein Einzelrichter über die Einziehung von Vermögen entscheide, könne man dem Entwurf zustimmen.

Rückblick auf die Plenarwoche Freitag 13. November 2026

Der Bundestag hat eine umfassende Reform des Nachrichtendienstrechts in Deutschland beschlossen. Nach kontroverser Debatte verabschiedete das Parlament am Freitag den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dr. Christian Wirth (AfD) sprach von einem „Angriff auf den Rechtsstaat mit wirklich totalitären Zügen". In der Expertenanhörung hätten die Sachverständigen festgestellt, dass das Gesetz in weiten Teilen verfassungswidrig sei. So lasse der Entwurf zu, Jugendliche ab 16 Jahren als V-Personen anzuwerben, wobei die aufgeführten Fürsorgemaßnahmen unbestimmt und kaum überprüfbar seien. Auch solle die Zusammenarbeitspflicht der Verfassungsschutzämter eingeschränkt werden können und das BfV bei Gefahr im Verzug sogar allein darüber entscheiden. „Damit kann ein Landesamt faktisch vom Informationsverbund abgeschnitten werden", fügte Wirth hinzu. Dies sei ein „Instrument gegen Landesbehörden unter einer politisch unliebsamen Landesregierung" und eine „Lex AfD".
Der Bundestag hat am Freitag erstmals einen Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Bundesweiter Mietendeckel jetzt" beraten. Auch Rainer Galla (AfD) lehnte das Vorhaben der Linken ab. Zum einen, weil es aus seiner Sicht „auf eine verfassungswidrige Aushöhlung des Eigentumsrechts hinausläuft, wenn ohne Rücksicht auf Verhältnismäßigkeit und Vertrauens- oder Bestandsschutz in laufende Mietverhältnisse eingegriffen werden soll". Dasselbe gelte für die angestrebten Miethöhen, bei denen kaum Rücksicht auf Erwerbszeitpunkt, Finanzierungskosten, Instandhaltungsbedarf und tatsächliche Bewirtschaftungskosten genommen werde.
Gleichzeitig erinnerte er daran, dass es Anfang des Jahrtausends in Berlin günstige Mieten und einen erheblichen Leerstand gegeben habe. Heute sei es auf dem Berliner Mietmarkt nahezu unmöglich, bezahlbare Wohnungen zu finden. Dazwischen stehe ein unglaublicher Nachfragezuwachs. Wer hinsichtlich der Ursache, vor allem ab 2015, das „rosa Mammut" nicht erkenne, dem sei nicht mehr zu helfen, sagte Galla.
Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede: „Der übliche rotsozialistische Firlefanz am Freitagmittag: Mietpreisbremse, Mietendeckel, Mietenstopp & Co. Da fragt man sich schon: Wer hat das denn eigentlich erfunden? Die Linke? Die SPD? Nein. Wenn man in die Geschichte schaut: Die Mutter der Mietpreisbremse ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Dass man mit dem Thema Wohnen also billig in der Bevölkerung Stimmung machen und Stimmen einsammeln konnte, das wissen die Sozialisten seit jeher. Somit ist für uns völlig klar, wohin rote und braune, aber auch grüne – Stichwort ‚Energiewende' – sozialistische planwirtschaftliche Ideen führen, nämlich ins Verderben.
Umso dramatischer, dass in Berlin demnächst wieder Sozialisten – diesmal die hellroten, die dunkelroten und die grünen Sozialisten im Verbund – ihre Enteignungsfantasien ausleben werden. Die Folge wird sein – ich prophezeie Ihnen das –: Investitionen wird es nicht mehr geben, Wohnungsbau bricht ein, weniger Wohnungen, höhere Mieten. Also genau das Gegenteil von dem, was Sie wollen, wird geschehen. Daraus folgere ich, meine Damen und Herren: Wir brauchen keinen Sozialismus – keinen roten, keinen grünen und auch keinen braunen. Wir brauchen mehr Wohnungen für weniger Menschen. Wir brauchen also Abschiebungen derer, die hier nichts verloren haben. Wir brauchen Maßnahmen, um den ländlichen Raum attraktiver zu machen und die Menschen in den ländlichen Raum zu bekommen. Wir brauchen attraktive Bedingungen für Häuslebauer und Investoren. All das sehen wir zurzeit nicht – weder bei den roten noch bei den grünen Sozialisten, bei den schwarzen und bei den hellroten auch nicht."
„Schutz auf Zeit statt Einbürgerung – Flüchtlingsstatus nicht zum dauerhaften Aufenthaltstitel machen" lautete der Titel eines von der AfD-Fraktion eingebrachten Antrags, den der Bundestag am Freitag erstmals debattiert hat. Die Fraktion fordert die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs auf, „der die Abschaffung der Einbürgerung von Flüchtlingen und temporär Schutzberechtigter regelt". Dazu soll die Bundesregierung dem Antrag zufolge „Aufenthaltszeiten im temporären Schutzstatus" für Schutzsuchende in Zukunft generell nicht auf den für die Einbürgerung erforderlichen Voraufenthalt anrechnen. Auch soll sie nach dem Willen der Fraktion unter anderem „ein sofortiges verwaltungsrechtliches Moratorium für alle Einbürgerungsanträge von Personen mit aktuellem oder ehemaligem temporärem Schutzstatus" bis zum Inkrafttreten der Neuregelung erlassen.

Bürgerdialog in Kaulsdorf



Bürgerdialog im Landkreis Greiz



Bürgerdialog in Gera



Nur noch wenige Plätze frei:



Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: stephan.brandner.ma02@bundestag.de

Wir sind für Sie da!

Ihre Stimme. Unser Einsatz.

Ihre Ansprechpartner vor Ort – kompetent, erreichbar, für Sie im Einsatz.

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera

Tel.: 03 65 – 20 42 41 30

Fax: 03 65 – 22 69 12 50

kontakt@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.–Do. 10–17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10–13 Uhr





Wahlkreisbüro Meuselwitz

Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz

meuselwitz@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 – 25 95 13

goessnitz@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida

Platz der Freiheit 9,
07570 Weida

weida@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. 10–17 Uhr
und jeden 1. Samstag im Monat: 8–11 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz

www.facebook.com/stBrandner

t.me/StephanBrandnerMdB

www.instagram.com/stephanbrandner

www.tiktok.com/@brandner_afd

www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd

https://twitter.com/BrandnerSt